GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM
Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Die Supermacht Europa 16.11.2016

WASHINGTON/BERLIN (Eigener Bericht) - Auf deutschen Druck treibt die EU mit neuen Beschlüssen ihrer Verteidigungsminister den Aufbau von der NATO unabhängiger Militärstrukturen voran. Wie die Minister auf ihrem gestern zu Ende gegangenen Treffen entschieden, sollen zunächst ausgewählte EU-Staaten ihre Militärkooperation ausbauen; parallel werden ein EU-Logistik- sowie nach Möglichkeit auch ein Sanitätskommando errichtet. Zudem ist die Keimzelle für ein zivil-militärisches EU-Hauptquartier geplant, aus der nach Auskunft des italienischen Außenministers dereinst ein EU-Generalstab erwachsen soll. Die Strukturen können innerhalb der NATO genutzt werden, sind aber auf lange Sicht auch für eine EU-Armee geeignet. Die Versuche Berlins, die EU in demonstrativer Absetzung gegenüber dem künftigen US-Präsidenten Trump gegen die USA in Stellung zu bringen, stoßen auf Widerstand: Großbritannien sowie mehrere östliche EU-Staaten verweigern sich dem Ansinnen. Führende europäische Außenpolitiker erklären die EU zur "Supermacht", die als "Dienstleister für globale Sicherheit" gefragt sei.

EU-Armee von unten

Die Beschlüsse, die die EU-Verteidigungsminister auf ihrem gestern zu Ende gegangenen Treffen gefällt haben, entsprechen weitgehend Forderungen nach einem Ausbau der EU-Militärkooperation, die Berlin schon seit Jahren, verstärkt jedoch seit dem Sommer 2016 durchzusetzen sucht. Zuletzt wurden diese Forderungen in gemeinsamen Papieren der Außen- und der Verteidigungsminister Deutschlands und Frankreichs bekräftigt (german-foreign-policy.com berichtete [1]). In die Beschlüsse aufgenommen wurde davon jetzt etwa das Verlangen, auf militärischer Ebene energisch mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) laut Artikel 42 Absatz 6 des Vertrags von Lissabon voranzuschreiten; die engere Kooperation ausgewählter EU-Staaten bereitet faktisch den Aufbau einer EU-Armee "von unten" vor. Die offizielle Gründung einer EU-Armee gilt allerdings als ausgeschlossen, solange Großbritannien noch EU-Mitglied ist: London hält die NATO-Strukturen für ausreichend und hat keinerlei Interesse an einer Gegenmachtbildung zu den USA. Dass Berlin seinerseits eine gemeinsame EU-Streitmacht etablieren will, hat letztes Wochenende der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, bekräftigt: "Jetzt sollten die Weichen für eine europäische Armee gestellt werden", wird Kauder zitiert.[2]

Strategische Autonomie

Zu den Vorhaben, die seit geraumer Zeit von Berlin gefordert werden und auf die sich die EU-Verteidigungsminister nun geeinigt haben, gehört darüber hinaus der Aufbau eines gemeinsamen Logistik- und eines Sanitätskommandos der EU. Beide stünden für EU-Militäreinsätze bereit, könnten aber jederzeit auch für NATO-Kriege genutzt werden; letztere Option trägt den britischen Einwänden gegen den Aufbau einer eigenen EU-Armee Rechnung. Vorgesehen sind auch, wie von Berlin verlangt, Maßnahmen zum Ausbau der EU-Rüstungskooperation; dabei geht es etwa um die Entwicklung europäischer Kampfdrohnen. Nicht vollständig durchgesetzt hat sich die Bundesregierung mit der Forderung nach dem Aufbau eines EU-Hauptquartiers. Die EU-Verteidigungsminister einigten sich darauf, eine Art Mini-Hauptquartier ("permanent operational planning and conduct capability") zu errichten, das allerdings nur für die Ausbildungseinsätze der EU genutzt werden soll; Kampfeinsätze müssen weiterhin von nationalen Hauptquartieren aus gesteuert werden.[3] Das Mini-Hauptquartier sei zwar "noch kein europäischer Generalstab", aber doch immerhin "die Voraussetzung dafür", wird der italienische Außenminister Paolo Gentiloni zitiert.[4] Die EU-Verteidigungsminister lassen darüber hinaus keinen Zweifel am Ziel der EU-Militärkooperation: Es gehe, heißt es in ihrem Abschlusskommuniqué, um "strategische Autonomie".[5] Die Maßnahmen sollen auf dem EU-Gipfel im Dezember von höchster Stelle autorisiert werden.

"Verteidiger der liberalen Demokratie"

Auf Widerstand stoßen hingegen die Berliner Versuche, die Wahl Donald Trumps zum künftigen US-Präsidenten zu nutzen, um mit ihr den Aufbau von EU-Militärstrukturen zu legitimieren. Nach Trumps Wahl sei "die Verteidigung der liberalen Demokratie ... unsere oberste Aufgabe geworden", hieß es vor einigen Tagen etwa bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); "Europa" müsse sich "bereit dafür machen, außen- und sicherheitspolitisch mehr Verantwortung zu übernehmen".[6] Um die EU in Abgrenzung zu Trump enger zusammenzuschweißen, hatte - auf deutschen Druck - die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini die EU-Außenminister zu einer vorgezogenen Arbeitssitzung am Sonntag Abend einberufen - mit mäßigem Erfolg: Der britische Außenminister Boris Johnson, nicht bereit, London gegen Washington in Stellung bringen zu lassen, blieb der Zusammenkunft demonstrativ fern; zudem gaben mehrere Außenminister aus den östlichen EU-Staaten ihren Unmut offen zu erkennen. Ursache

für Letzteres ist zum einen die Sympathie, die manche EU-Staaten wie Ungarn und Polen für zentrale Pläne des designierten US-Präsidenten zeigen; dies gilt vor allem für Trumps Absicht, die Grenze zu Mexiko mit einer Mauer hochzurüsten und Millionen Menschen in Massenabschiebungen aus dem Land zu deportieren. Er halte nichts von den "hysterischen Erklärungen" einiger EU-Staaten zu Trumps Vorhaben, wird etwa Ungarns Außenminister Péter Szijjártó zitiert.[7]

Kampf um die Kontrolle

Die zweite Ursache für das Widerstreben mehrerer östlicher EU-Staaten liegt in deren Bestreben, nicht auf die enge militärische Kooperation mit den Vereinigten Staaten zu verzichten; davon erhoffen sich etwa Polen und die baltischen Länder nicht nur eine verlässliche Rückendeckung für ihre antirussische Politik, sondern auch eine Rückversicherung gegen die - historisch hinlänglich bekannte - deutsche Hegemonie. Letzteres gilt etwa auch für Tschechien, dessen Außenminister Lubomír Zaorálek kürzlich erklärte - gemünzt auf die NATO -, er vertraue auf den "Realismus in der amerikanischen Politik" und hoffe, Trump werde "fortsetzen, was sich bewährt hat".[8] Polens Außenminister Witold Waszczykowski teilte mit, Warschau sei zum Ausbau der Militärkooperation in der EU bereit; doch dürfe es "keine Rivalität mit der NATO, mit den USA" geben.[9] Ähnliche Äußerungen sind aus den baltischen Staaten zu hören. Berlin sucht sich zur Zeit Trumps Wahlkampfdrohung zunutze zu machen, die USA würden die östlichen NATO-Mitglieder nur dann verteidigen, wenn diese ihre Militäretats deutlich aufstockten. Man müsse sich gemeinsam "gegen das russische Machtstreben" wenden, erklärte Bundespräsident Joachim Gauck Ende letzter Woche beim Antrittsbesuch der neuen estnischen Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid in Berlin: "Wenn es gilt, die Sicherheit des Baltikums zu gewährleisten, steht Deutschland an Estlands Seite."[10] Die Berliner Bemühungen, im Rahmen des Aufbaus von EU-Militärstrukturen die Bindungen der östlichen EU-Mitglieder an die USA zu schwächen und selbst die alleinige Kontrolle zu übernehmen, dauern an.

"Dienstleister für globale Sicherheit"

Begleitet werden die Versuche, die EU militärisch zu formieren und bestehende US-Einflüsse Schritt um Schritt abzuschütteln, von Rufen nach einer "Supermacht Europa". Exemplarisch hat dies zuletzt die EU-Außenbeauftragte Mogherini formuliert. Die EU sei "einem zunehmenden Wettbewerb auf dem Weltmarkt" ausgesetzt, erklärte Mogherini Ende vergangener Woche; sie könne nur bestehen, wenn sie "gemeinsam" handle - "mit dem vollen Potenzial einer Supermacht auf dem Feld von Sicherheit und Verteidigung".[11] Mogherini, die bislang in Übereinstimmung mit Berlin agiert, gab sich zuversichtlich, es werde eine zunehmende "Nachfrage nach Europa" in der Weltpolitik geben: "Nachfrage nach einem prinzipientreuen Dienstleister für globale Sicherheit", "nach einer Supermacht, die an Multilateralismus und Kooperation glaubt". Auch der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn wird mit den Worten zitiert: "Wir sind eine Supermacht".[12]

Die entscheidende Phase

Mogherini und Asselborn greifen damit ein Stichwort auf, das bereits vor mehr als zehn Jahren in deutschen Think-Tanks offen diskutiert wurde.[13] Der Kampf um die Realisierung des Konzepts von der "Supermacht EU" ist bislang an den zahlreichen inneren Widersprüchen des Bündnisses gescheitert. Aktuell geht er in seine womöglich entscheidende Phase.

[1] S. dazu **Die Europäische Kriegsunion** und **Strategische Autonomie** .
[2] Kauder: Weichen für europäische Armee jetzt stellen. Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.11.2016.
[3] Council Conclusions on Implementing the EU Global Strategy in the Area of Security and Defence. Foreign Affairs Council, 14 November 2016.
[4] Andrew Rettman, Eszter Zalan: EU crafts defence plan in Trump's shadow. euoserver.com 15.11.2016.
[5] Council Conclusions on Implementing the EU Global Strategy in the Area of Security and Defence. Foreign Affairs Council, 14 November 2016.
[6] Daniela Schwarzer, Josef Braml, Henning Riecke: Die Macht der Ohnmächtigen. dgap.org 09.11.2016. S. dazu **Der Trump-Impuls** .
[7] Christoph B. Schiltz: So kopflos reagiert die "Supermacht" Europa auf Trump. www.welt.de 14.11.2016.
[8] Befreiung von "ideologischen Fesseln". Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.11.2016.
[9] Andrew Rettman, Eszter Zalan: EU crafts defence plan in Trump's shadow. euoserver.com 15.11.2016.
[10] Mittagessen zu Ehren der estnischen Staatspräsidentin. www.bundespraesident.de 11.11.2016.
[11] Opening speech by High Representative/Vice-President Federica Mogherini at the 2016 EDA Conference. Brüssel, 10.11.2016.
[12] Christoph B. Schiltz: So kopflos reagiert die "Supermacht" Europa auf Trump. www.welt.de 14.11.2016.
[13] S. dazu **"Untergang oder Aufstieg zur Weltmacht"** , **"Supermacht Europa"** und **Weltmachtpotenzial** .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com